

Die polnische Mobilmachung im März 1939

Wenn man das deutsch-polnische Verhältnis nur vom Kriegsende 1945 her betrachtet, dann wird man das polnische Verhalten in der Sommerkrise 1939 zwischen beiden Ländern nicht richtig einordnen können. Zu einem wirklichen Verstehen kommt man nur, wenn man in die damalige Zeit und ihre Vorgeschichte blickt.

Die polnische Seite, die nach dem Ersten Weltkrieg fast alles erreicht hatte, was sie wollte – Annexion von Westpreußen und von Teilen Oberschlesiens – trug zu einer Entspannung und Entwicklung eines gutnachbarlichen Verhältnisses nichts bei. Ein Grund hierfür war u. a. die Bündnispolitik Frankreichs, in die sich Polen gerne einspannen ließ und die Polen zu einem „Gendarm im Osten“ Frankreichs machte. Höhepunkte dieser Politik waren polnische Kriegs- bzw. Präventivkriegspläne gegen Deutschland, die seit den zwanziger Jahren vom polnischen Generalstab entwickelt worden waren und in denen immer auch polnische Gebietsgewinne im Westen einkalkuliert worden sind¹.

Man wollte die Westgrenze Polens weit nach Deutschland hinein verlegen, wenn möglich bis vor Berlin oder noch weiter bis ins Wendland! Ein weiterer Grund war die ausgesprochen repressive und vertragswidrige Minderheitenpolitik Polens – von der Unterdrückung und Benachteiligung der jüdischen Minderheit ganz zu schweigen (Hirtenbrief des Kardinals Hlond gegen die Juden 1936), – unter der vor allem die unter polnische Herrschaft gekommenen Deutschen zu leiden hatten.

Zahlreiche politische und gesellschaftliche Kreise waren darüber hinaus der Ansicht, dass Polen durch die Pariser Friedensregelung auch territorial gegenüber Deutschland noch nicht ausreichend saturiert sei. Genauso wie vor und während des I. Weltkrieges wurden entsprechende Forderungen ganz offen in der Presse, in Büchern und Broschüren, in Form von Landkarten, auf Vorträgen und vor allem von Verbänden lautstark formuliert und waren dementsprechend auch in Deutschland bekannt².

Insbesondere offen vorgebrachte polnische Forderungen nach Ostpreußen und dem bei Deutschland verbliebenen Teil Oberschlesiens wiederholten sich trotz der Abstimmungsergebnisse in den Jahren nach dem Versailler Vertrag und der Teilung Oberschlesiens noch mehrfach, vorgetragen von einflussreichen Honoratioren des polnischen Staates. Diese Forderungen standen ganz in der bereits vor dem I. Weltkrieg entwickelten „piastischen“ nationalistischen Tradition.

1921 wurde der nationalistische oder besser gesagt der chauvinistische „Verband zur Verteidigung der westlichen Grenzgebiete“ bzw. „Westmarkenverband“ (ZOKZ, später PZZ)

¹ Stefan Scheil, Mitteleuropäische Gedankenspiele nach Versailles, in Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17.6.2006, S. 47

² Publik gemacht z.B. durch Hansen, Polens Drang nach dem Westen(1927); Fuchs, Der neue Polenspiegel (1930)

gegründet. Dieser gab ein eigenes Mitteilungsorgan, die „Westwacht“ (Straznica Zachodnia), heraus und machte durch zahlreiche Propagandaveranstaltungen auf sich aufmerksam. Der Verband forderte seit seiner Gründung eine radikale „Entgermanisierung“ der 1919/1920 gewonnenen Gebiete sowie eine weitere Ausdehnung Polens auf Kosten Deutschlands vor allem in Richtung Ostpreußen und Oberschlesien. So bezeichnete der „Westmarkenverband“ in seinem offiziellen Programm von April 1926 die Oder als „natürliche Grenze Polens“ im Westen und gab die „aktuelle Devise“ aus: „Von Stettin bis Polangen“³. Ende Juli 1930 forderte der Verband eine Ausdehnung Polens nach Norden (Ostpreußen, Pommern): „Wir werden solange danach rufen und es verlangen, bis die polnische Fahne wieder in Danzig, über Ermland und Masuren, sowie fern an der Elbe, mindestens aber über Stolp wehen wird“⁴.

Alle diese Bestrebungen müssen mit in die Spannungen zwischen Deutschland und Polen vor Ausbruch des Krieges 1939 einbezogen werden. Die Reichsregierungen, auch die demokratischen bis 1933, sahen sich also nicht nur mit polnischer Unnachgiebigkeit in Bezug auf den Versailler Vertrag konfrontiert, sondern auch noch mit neuen Forderungen.

Das Deutsche Reich hatte unter Hitler mit Polen bereits im September 1934 einen Nichtangriffspakt geschlossen, was das deutsch-polnische Verhältnis zunächst für eine ganze Weile entspannt hat. Seit 1938 akzeptierten die Siegermächte des I. Weltkrieges bedeutende, dem damaligen Willen der betroffenen Bevölkerungsmehrheit entsprechende Grenzrevisionen – den Anschluß Österreichs am 13. März 1938 sowie Grenzrevisionen gegenüber der Tschechoslowakei (Sudetenland) ab 1. Oktober 1938 und Litauen (Memelgebiet) am 23. März 1939. Großbritannien und Frankreich haben letztlich sogar die Errichtung des „Reichsprotectorates Böhmen und Mähren“ am 16. März 1939 hingenommen.

Es liegt auf der Hand, dass Polen angesichts dieses Entgegenkommens der Westmächte gegenüber Deutschland nervös werden musste, zumal Hitler seit Oktober 1938 auch in Richtung Warschau Revisionsvorschläge machte, die übrigens alle Regierungen vor ihm auch im Sinn hatten.

Im Zuge einer „Generalbereinigung“ aller strittigen Fragen zwischen Polen und dem Deutschen Reich schlug Hitler ein „Paket“ vor, das die Rückkehr Danzigs zu Deutschland, die Errichtung einer exterritorialen Auto- und Eisenbahnverbindung zwischen Pommern und Ostpreußen/Danzig durch den polnischen „Korridor“, eine gegenseitige Grenzankennung – also gegen polnische Bestrebungen, noch weiter nach Westen vorzurücken – sowie den Beitritt Polens zum gegen die Sowjetunion gerichteten „Antikominternpakt“ vorsah. Polen lehnte das alles rundweg ab, – trotz aller Zureden Englands und Frankreichs –, was dann auch am 26. März zum Abbruch der deutsch-polnischen Verhandlungen und – nach der britisch-französischen Garantieerklärung für Polen am 31. März 1939 – zur Kündigung des deutsch-polnischen Nichtangriffspaktes durch Deutschland am 28. April 1939 führte.

³ Zitiert nach Wagner, Die Entstehung der Oder-Neiße-Linie, S.18

⁴ Gehrke, Der polnische Westgedanke, S. 340

Wie schon gesagt war es Hitlers Ziel, ein Bündnis mit Polen zu schließen, nicht seine Zerstörung⁵. Der polnische Außenminister Beck wies seinen Botschafter in Berlin Lipski an jenem 26. März 1939 an, sich jeglicher Verhandlung über Danzig zu verweigern, Bis zu diesem Zeitpunkt war alles insgeheim passiert, ohne einen öffentlichen Hinweis auf die deutsch-polnische Entfremdung. Nun flammte sie hell auf, und die polnische Regierung zog, um ihre Entschlossenheit zu zeigen, polnische Reservisten ein (Mobilmachung), was wohl einer Drohung gleichkam.

Die Überschätzung der politischen Möglichkeiten Polens entsprach die der militärischen Chancen. In dem bereits 1935 ausgearbeiteten, 1938/39 modifizierten Operationsplan für den Fall eines Krieges gegen Deutschland hielt man – wobei man ein Zusammenwirken mit den sogleich nach Kriegsbeginn zur Offensive im Westen antretenden verbündeten Franzosen voraussetzte – ein Auffangen der erwarteten deutschen Angriffsstöße in den polnischen Grenzbezirken für wahrscheinlich und einen folgenden Übergang zur Offensive der intakt gebliebenen polnischen Angriffsarmeen auf Ostpreußen und zum Stoß auf Berlin für realisierbar⁶.

In diesem Zusammenhang sind die Berichte des Völkerbundskommissars für Danzig, des Schweizers Carl J. Burckhardt, aufschlussreich. Er traf sich am 23. Juli 1939 im Beisein von General Bronislaw Regulskis mit Beck, der monologartige Äußerungen machte, deren Inhalt Burckhardt so interpretierte: „Die Polen warten in scheinbarer Ruhe. Beck, während dieser nächtlichen Fahrt, hat mich etwas in seine Pläne eingeweiht. Weiterhin spielt er sein doppeltes Spiel.

Es ist kein deutsches Spiel wie manche Franzosen und die polnische Opposition glauben. Es ist ein Spiel, bei welchem man für Polen auf den höchsten Gewinn hofft, einen Gewinn, der sich ergeben soll aus einer schließlichen und unvermeidlichen deutschen Katastrophe. Aus diesem Grunde treibt man die Deutschen in ihre Fehlhandlungen hinein, und in Danzig lässt man mit Vergnügen die Extremisten triumphieren, während man gleichzeitig immer wieder das Festhalten an den äußeren Formen der Verträge betont. Eines Tages wird man dann die Rechnung präsentieren und Zinsen und Zinseszinsen einfordern. Schon jetzt, indem man in einer Weise mit den Nationalsozialisten kollaboriert, ist es gelungen, im ganzen Westen, in Frankreich, England und Amerika eine solidarische Abneigung gegen jede Revision der Verträge zu schaffen.

Das war 1932 ganz anders. Damals hat mehrheitlich die westliche Meinung in den großen Demokratien sich für die deutschen Minoritäten eingesetzt. Man regte sich über schlecht gezogene Grenzen auf, über isolierte Provinzen. Dank den exzessiven Methoden des Nazismus ist das alles beendet, und jetzt hofft man im stillen in Warschau nicht nur auf die bedingungslose Integration Danzigs in den polnischen Staatsbereich, sondern auf viel mehr, auf ganz Ostpreußen, auf Schlesien, ja auf Pommern. Im Jahre 1933 sprach man in Warschau

⁵ A.J.P. Taylor, Die Ursprünge des 2. Weltkrieges (1962), S. 270

⁶ Andreas Hillgruber, Zweierlei Untergang (1986), S. 50

vom polnischen Pommerellen, aber jetzt sagt man ‚unser Pommern‘. Beck macht eine rein polnische Politik, eine letzten Endes antideutsche Politik, eine nur scheinbar polnisch-deutsche Entspannungspolitik seit der Besetzung des Rheinlandes und der französischen Passivität bei Anlaß dieses Vorganges. Aber man bemüht sich, die Deutschen ganz methodisch in ihren Fehlern zu bestärken“⁷.

Gravierendere Irrtümer als diejenigen des polnischen Außenministers über die Stärke der deutschen Wehrmacht, die Stärke der polnischen Armee und die Bereitschaft der UdSSR, sich mit Deutschland auf Kosten Polens zu einigen kann man sich heute kaum vorstellen. Die Selbstüberschätzung hatte zunächst katastrophale Folgen, dann jedoch durch das „Potsdamer Protokoll“ den Gewinn von Ostpreußen, Pommern und Schlesien.

Es ist keine Frage, dass das polnische Volk in den Jahren von 1939 bis 1945 und auch danach unter der kommunistischen Diktatur schwer gelitten hat. Es ist jedoch historisch falsch, in Deutschland den alleinigen Verursacher daran zu sehen. Die polnische Regierung trägt eine Mitverantwortung, die schon vor dem I. Weltkrieg begann und die sich, wie aufgezeigt, in den maßlosen Gebietsansprüchen gegenüber Deutschland besonders manifestierte. Sich als „Drei Meere“ - Großmacht zwischen Ostsee, Schwarzem Meer und Adria zu etablieren, blieb ein chauvinistischer Traum. Wie konnte man realistischerweise erwarten, dass eine durch den Versailler Vertrag gedemütigte europäische Großmacht – Deutschland – sich auf Dauer diesem Diktat beugen würde.

Die Mobilmachung bzw. die Einberufung von Reservisten im März 1939 ist in diesem Gesamtzusammenhang nur ein Mosaikstein; er kann aber nicht geleugnet werden, da er den Willen Polens zum gewaltsamen Konflikt mitbezeugt. Das wird dann ja auch in einem Bericht des Leiters der Ostabteilung des britischen Foreign Office über eine ausgedehnte Polenreise im Juni 1939 letztlich bezeugt.

Dort heißt es z.B. dass hochgestellte polnische Gesprächspartner aus Politik und Militär von einer unabwendbaren kriegerischen Auseinandersetzung mit dem Deutschen Reich ausgingen, die man zwar nicht selber vom Zaune brechen wolle, die dann aber trotz eigener (polnischer) militärischer Überlegenheit zu einem europäischen Krieg eskalieren müsse. Die polnischen Gesprächspartner hätten ihrer Überzeugung Ausdruck gegeben, dass Polen bei dem erwarteten schnellen Sieg weitere Gebietsgewinne verzeichnen werde...Die Menschen in Polen verlange es nach einem „Gang gegen die Deutschen“ und es gebe „Appetit auf deutsches Bauernland“⁸

Prof.em.Dr.Dr.h.c.Karl-Heinz Kuhlmann

⁷ Carl J. Burckhardt, Meine Danziger Mission 1937- 1939, S. 156 f. (1960)

⁸ Georg W. Strobel, Die polnische „Preußenkrankheit“ und ihre politische Instrumentalisierung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 53/97 v. 26.12. 1997 (Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament). S. 21-33